

Niederschrift Bürgerversammlung Juli 2022

Anonymisierte Niederschrift über die Bürgerversammlung nach Art. 18 der Bayerischen Gemeindeordnung am Donnerstag, den 28.07.2022, um 19.30 Uhr in der Gaststätte „Bruckertshof“, Messerschmittstraße 17, Bamberg

Die Ladung zur Bürgerversammlung ist ordnungsgemäß und fristgerecht erfolgt. Nach Art. 18 Abs. 3 der Bayerischen Gemeindeordnung dürfen nur Bürgerinnen und Bürger der Stadt Bamberg Anträge in der Bürgerversammlung stellen. Diese Anträge sind gern. Art. 18 Abs. 4 GO als Empfehlungen der Bürgerversammlung innerhalb einer Frist von drei Monaten zu behandeln. Die Behandlung durch einen beschließenden Ausschuss (Senat) steht einer Behandlung in der Vollversammlung gleich. Im Rahmen der Bürgerversammlung kommt es vor, dass einzelne, antragstellende Personen auf die die formale Stellung eines Antrags und Beschlussfassung verzichten, da Sachbehandlung durch die Verwaltung zugesagt wurde.

Anträge und Wortmeldungen aus der Bürgerschaft:

Antrag 1

Die Antragstellerin stellt die Frage, warum die Kaulbergschule nicht in die Liste der Schulsanierungen aufgenommen ist? Der Finanzreferent erklärt, dass es für die Kaulbergschule bereits Voruntersuchungen gibt und sie ab 2024 in der Umsetzungsphase dabei ist. Auf nochmalige Nachfrage, warum die Schule nicht in der Sanierungsliste erscheint, erläutert der Finanzreferent, dass dies noch nicht geschieht solange die Voruntersuchungen laufen. Erst wenn die Umsetzungsphase beginnt, werden Gebäude in die Sanierungsliste aufgenommen.

Es wird kein Antrag gestellt.

Antrag 2

Das Gebäude 711 war der ehemalige amerikanische Kindergarten, dieser könnte mit wenig Aufwand wieder als Kindergarten aktiviert werden (5-6 Räume).

Der Finanzreferent erläutert, dass ein Interessensbekundungsverfahren läuft und das Thema auch bereits im Finanzsenat behandelt wurde. Er sagt der Antragstellerin zu, dass ihre Anregung in die weitere Planung mit aufgenommen wird. Die P&P Gruppe hat die Reitställe in der Kaserne (Weißenburger Straße) gekauft und lassen bei jedem Wetter Fenster und Türen offen, so dass diese Reitställe immer weiter verfallen. Sie will einen Antrag stellen, dass die Stadt sich mit P&P auseinandersetzt und evtl. das Grundstück mit den Gebäuden zurückkauft.

Baureferent: Es liegt bereits für die nächste Konversionssenatssitzung ein Bauantrag von P&P für die Reitställe als Thema vor. Die Stadt ist selbst an einer schnellen Lösung interessiert und wird in der nächsten Konversionssenatssitzung öffentlich behandelt.

Es wird kein Antrag gestellt.

Antrag 3

Der Antragsteller möchte die Busanbindung von Kramersfeld, auch die Nachtbuslinie, ausweiten. Der Bus fährt tagsüber nur stündlich. Wenn der Bus zur Lichteneiche/ Memmelsdorf (907) über Kramersfeld geleitet wird, können weitere Fahrten angeboten werden. Der Geschäftsführer der Stadtwerke sagt dem Antragsteller und dem Bürgerverein eine schriftliche Stellungnahme zu.

Es wird kein Antrag gestellt.

Antrag 4

Der Antragsteller bezieht sich auf die Kreuzung Berliner Ring / Zeppelinstraße. Die Busampel in an und der Verkehr wird gestoppt, obwohl kein Bus da ist. Der Geschäftsführer der Stadtwerke sagt dem Antragsteller und dem Bürgerverein eine schriftliche Stellungnahme zu.

Es wird kein Antrag gestellt.

Antrag 5

Der Antragsteller bemängelt, dass der Aero Club Bamberg am Flugplatz seine Vorgaben nicht einhält. Starts und Landungen sind zu eng und die Platzrunde und Abflug Richtung Bamberg werden nicht eingehalten. Der Geschäftsführer der Stadtwerke erklärt, dass hier die Flugzeugführer verantwortlich sind. Er wird die Flugvorgaben nochmals weitergeben. Der Oberbürgermeister bietet bei Bedarf einen Vor-Ort Termin an. Der Geschäftsführer der Stadtwerke will nach der Prüfung der Sachlage eine Stellungnahme an den Bürgerverein geben.

Es wird kein Antrag gestellt.

Antrag 6

Der Antragsteller beantragt, dass die Stadt einen Pilotverkehr mit einem oder mehreren autonomen Kleinbussen in der Innenstadt einrichtet. Ein Testbetrieb für den grundsätzlichen Nachweis der Machbarkeit von autonomen Bussen ist damit ausdrücklich nicht gemeint, da dies bereits heute in zahlreichen anderen Städten erfolgt. Der Pilotbetrieb soll vielmehr ausloten, welche Streckenverläufe in Bamberg gut geeignet sind, wo Haltestelle gut betrieben werden können etc.

Der Geschäftsführer der Stadtwerke weist darauf hin, dass es Aufgabe der STWB ist einen aktiven und kostengünstigen ÖPNV anzubieten. Die Kosten für das Pilotprojekt „autonomes Fahren“ stehen den Kosten und Nutzen in keinem vernünftigen Verhältnis gegenüber. Dieses Projekt wird jedoch weiter im Auge behalten und wird in zwei Jahren erneut besprochen.

Es wird kein Antrag gestellt.

Antrag 7

Der Antragsteller beantragt, dass die Stadt Bamberg (sofern noch nicht vorhanden) Bushaltestellen mit adäquaten Wind-, Sonnen- und Regenschutzanlagen („Bushäuschen“) ausstattet, vorzugsweise mit mehr Platz bietender Bank statt mehreren Einzelsitzen. Die Stadt möge dabei darauf achten, dass weder Fuß- noch Radverkehr dadurch beeinträchtigt werden. Menschen, die auf den Busverkehr angewiesen sind oder auf ihn umsteigen möchten, sollen nicht im Regen stengelassen werden, während sie auf den nächsten Bus warten.

Weiterhin wird beantragt, dass die Stadt Bamberg alle Bushäuschen (inkl. am ZOB) auf den Dächern und nach Möglichkeit auch an den Wänden begrünt. Das (wieder)belebt nicht nur die Bamberger Bienenpopulationen und lockt somit wieder mehr wohlklingende Vögel in die Stadt, sondern absorbiert gleichzeitig Abgase und Feinstaub. Dies könnte mit Paten, ähnlich wie bei den Baum-Paten, oder Firmen finanziert werden.

Der Geschäftsführer der Stadtwerke antwortet, es gibt bereits einige solcher Wartehäuschen, jedoch ist das Budget der STWB begrenzt. Die Idee der „Wartehäuschen-Paten“ und die Finanzierung mit Hilfe von Firmen nimmt er auf.

Es wird kein Antrag gestellt.

Antrag 8

Der Antragsteller beantragt, dass in der Innenstadt die Steuerung der Lichtsignalanlagen so angepasst wird, dass der Fußverkehr spätestens nach 40 Sekunden Grün bekommt. Dies ist erforderlich, damit für den Fußverkehr eine zeitlich akzeptable Wartezeit für eine sichere Straßenquerung entsteht.

Der Baureferent verweist auf die Zuständigkeit des Mobilitätsreferates. Dies ist eine Frage der politischen Beschlussfassung im Verkehrsentwicklungsplan. Die Bürgerversammlung stimmt über den Antrag ab.

Der Antrag wird mehrheitlich angenommen.

Antrag 9

Der Antragsteller wünscht die Einrichtung eines beidseitigen Radweges entlang der Memmelsdorfer Straße innerhalb des Berliner Rings. Der Stadtrat möge schnellstmöglich beschließen, dass derartige bauliche Veränderungen in der Memmelsdorfer Straße veranlasst werden. Die Verwaltung verweist darauf, dass es sich um eine planerische Angelegenheit handelt, die im Verkehrsentwicklungsplan berücksichtigt werden muss. Die Bürgerversammlung stimmt über den Antrag ab.

Der Antrag wird mehrheitlich angenommen.

Antrag 10

Der Antragsteller beantragt die Einführung einer Tempo 30 Zone in der gesamten Gartenstadt. Der Stadtrat möge beschließen, dass die Stadt Bamberg schnellstmöglich eine Tempo 30 Zone im Gebiet der Gartenstadt einführt.

Die Verwaltung erklärt, dass es laut STVO rechtliche Vorgaben für Geschwindigkeitsbegrenzungen gibt. Danach erfüllt ein Teil der Hauptsmoorstraße die Vorgaben für Tempo 30, ein anderer Teil erfüllt die Vorgaben für Tempo 50. Es ist nicht möglich darüber abzustimmen, da es sich um gesetzliche Vorgaben handelt über die sich der Stadtrat nicht hinwegsetzen kann.

Es wird kein Antrag gestellt.

Antrag 11

Der Antragsteller beantragt, die Luitpoldstraße als Wohnverkehrsstraße nach dem Regensburger Modell umzuwandeln. Neben Fuß- und Radverkehr wären weiterhin noch Anliegerverkehr, Taxis und ÖPNV (Busse) erlaubt. Durch diese verkehrsberuhigende Maßnahme wird sich die Verkehrssicherheit insbesondere für Fußgänger: innen und Radfahrende deutlich erhöhen. Die Fahrzeiten der Busse wird sich verkürzen, da keine Staugefahr mehr besteht. Durch den gewonnenen Platz ist mehr Begrünung möglich, die gerade an heißen Sommertagen der Überhitzung der Stadt entgegenwirkt. Für Gäste der Stadt, die mit der Bahn anreisen, entsteht eine angenehme Fußverbindung in die Innenstadt. Von der höheren Fußgängerfrequenz profitieren Geschäfte und Gastronomie. Für letztere besteht auch die Möglichkeit, größere Freischankflächen auszuweisen. Die Anwohner: innen werden von Lärm und Abgasen des MIV entlastet. Die Bürgerversammlung stimmt über den Antrag ab.

Der Antrag wird mehrheitlich angenommen.

Antrag 12

Der Antragsteller beantragt, dass die Stadt Bamberg ihre Fahrradstraßen weitgehend vom Autoverkehr befreit, sodass lediglich Anwohnende zur Ein- und Durchfahrt berechtigt sind. Das Aufkommen des Transitverkehrs durch die engen und durch parkende Kraftfahrzeuge weiter verengten Straßen werden durch das - oftmals schon illegale- Durchfahren zusätzlich verengt und unsicherer, teilweise werden Radfahrende genötigt schneller zu fahren oder Autos die Vorfahrt zu gewähren. Dabei sollten Fahrradstraßen Oasen des komfortablen und sicheren Radverkehrs der Stadt sein. Die Bürgerversammlung stimmt über den Antrag ab.

Der Antrag wird mehrheitlich angenommen.

Antrag 13

Der Antragsteller beantragt, dass die Stadt im Bereich des Alten Rathauses eine tageszeitlich unbeschränkte Möglichkeit schafft, die Innenstadt mit dem Fahrrad anzufahren. Baulich muss dies dem Anspruch an eine Cityroute/ Hauptroute zur

Anbindung der Stadtmitte genügen, was sich laut Selbstverpflichtung der Stadt vor allem in sicherer und leistungsfähiger Infrastruktur und führungsform ausdrückt. In Anbetracht der typischerweise kurzen Strecken, die mit dem Rad zurückgelegt werden, ist ein Umweg über die Markusbrücke oder Bischofsmühlbrücke/ Nonnenbrücke nicht akzeptabel. Die Bürgerversammlung stimmt über den Antrag ab.

Der Antrag wird mehrheitlich angenommen.

Antrag 14

Der Antragsteller beantragt Maßnahmen zur Regenwasserspeicherung und -verdunstung für Heumarkt und Holzmarkt. Zur klimaresilienten Umgestaltung des Heumarkts und des Holzmarkts beantragt er die Speicherung von Regenwasser (von Starkregenereignissen) in geeigneten Rückhaltebecken/ Zisternen, aus denen die dann mit geeigneten Pflanzen begrüneten Straßen und Plätze versorgt werden. Zur Kühlung durch Verdunstung sollen Mooswände und vertikaler Bewuchs an Hauswänden eingesetzt werden. Zur Beschattung sollen Sonnensegel in Engstellen gespannt werden. Die Bürgerversammlung stimmt über den Antrag ab.

Der Antrag wird mehrheitlich angenommen.

Antrag 15

Der Antragsteller beantragt, dass die Ergebnisse der Bürgerbeteiligung „Fest der Möglichkeiten“ auf der nördlichen Promenade am 23. Juli 2022 nach entsprechender Konkretisierung der Stadtverwaltung auch umgesetzt werden, und zwar versuchsweise von April bis September 2023. Dieser lange Zeitraum ist erforderlich, um die Vorteile eines neuen Konzepts auch erfahrbar machen zu können. Dabei sollen auch Vereine und Verbände an Planung und Umsetzung beteiligt werden, so dass eine gute Verankerung in der Stadtgesellschaft erfolgt.

Die Verwaltung weist darauf hin, dass das Fest der Auftakt zur Bürgerbeteiligung zur Nutzung der nördlichen Promenade war. Noch bis 03. August 2022 findet eine weitere Bürgerbeteiligung im Bürgerlabor statt. Und noch bis Mitte August kann an der digitalen Beteiligung auf bamberg-gestalten.de teilgenommen werden. Die Stadtverwaltung geht komplett ergebnisoffen in diese Beteiligung. Die Verwaltung verweist darauf, dass es durchaus möglich ist, dass die Mehrheit der Bürger am Ende der Beteiligung eine Beibehaltung des Parkplatzes wünschen. Nach Abschluss aller Beteiligungsformate wird die Stadtverwaltung die Ergebnisse aufarbeiten und dem Stadtrat als Grundlage für weitere Entscheidungen zu Verfügung stellen. Der Dritte Bürgermeister betont noch einmal, dass die Ergebnisse von Bürgerbeteiligungen in die Beratungen einfließen, aber letztlich immer der Stadtrat die Beschlüsse trifft. Die Bürgerversammlung stimmt über den Antrag ab.

Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt.

Antrag 16

Der Antragsteller beantragt, dass die Stadt Bamberg die Initiative ergreift für ein Logistikkonzept mit nachhaltigen Transportmitteln im Welterbe. Dies soll neben dem erfolgreichen Warentransport erreichen, dass die Flächen für sicheren Fuß- und Radverkehr nicht mehr durch Lieferungen belegt werden. Es ist eine Basis um die von der Stadt angestrebte Verkehrsentslastung des Welterbes zu erreichen.

Der Wirtschaftsreferent bestätigt, dass hier ein ureigenes Interesse der Wirtschaftsförderung besteht. Es wird an einem intelligenten Innenstadtkonzept mit Smart City gearbeitet. Der Antragsteller möchte Informationen erhalten, wenn dieses Projekt an den Start geht.

Es wird kein Antrag gestellt.

Antrag 17

Der Antragsteller beantragt die Einrichtung eines städtischen Energiemanagements durch:

- die Schaffung der Stelle eines/ einer Energiemanager: in, um die Anstrengungen im Bereich Energiewende und Energiesparen zu bündeln und die personellen Ressourcen zu schaffen
- die Einrichtung eines Runden Tisches „Energieplan“ gemeinsam mit Energieversorgern, zivilgesellschaftlichen Organisationen, Unternehmen, Investoren
- bis spätestens zum Beginn der Heizperiode die Vorlage eines Maßnahmenpakets, wie Kostenexplosionen sozial abgefedert werden können, z.B. durch Zuschüsse oder eine aufsuchende Energieberatung
- zu 90% förderfähige Energiesparprojekte an Schulen starten

Der Oberbürgermeister berichtet, dass sich tags zuvor der Stadtrat bereit mit dem Thema beschäftigt und die Prüfung der Einrichtung einer solchen Stelle veranlasst hat. Das Prüfungsergebnis soll Ende des Jahres dem Stadtrat vorliegen. Einen runden Tisch zum Thema Energie gibt es auch bereits mit allen notwendigen Beteiligten. Somit ist der Antrag bereits erledigt.

Es wird kein Antrag gestellt.

Antrag 18

Der Antragsteller stellt den Antrag, den Maxplatz für die Bürger: innen und für das Klima neu zu gestalten. (Entsiegeln, Schatten, Bäume) Die Planung soll dazu in professionelle Hände an eine externe Stadtplanung gegeben werden. Dazu soll ein Planungsbudget festgelegt und eine Ausschreibung vorbereitet werden.

Der Baureferent verweist darauf, dass sich der letzte Bausenat mit dem Thema beschäftigt hat. Der Prozess läuft, es gibt aktuell Austausch mit vielen Parteien. Dem widerspricht der Antragsteller. Der Dritte Bürgermeister erklärt, dass sich der Stadtrat in

der Vergangenheit schon oft mit dem Thema befasst hat. Die Bürgerversammlung stimmt über den Antrag ab.

Der Antrag wird mehrheitlich angenommen.

Antrag 19

Der Antragsteller möchte Investitionen in erneuerbare Energieversorgung. Alle Liegenschaften in kommunalem Besitz sollen, wo gesetzlich möglich und (in Bezug auf die derzeitigen gesellschaftlichen Kosten und Energiepreise) wirtschaftlich tragbar, mit Photovoltaik, Solar, etc. auszustatten. Es soll ein Budget für 2023 eingestellt und direkt mit der Planung gestartet werden.

Finanzreferent: Jede Baumaßnahme von öffentlichen Gebäuden ist zukunftsorientiert und es werden fortschrittliche Technologie eingesetzt. Die Stadtverwaltung hat ein Interesse an der Wirtschaftlichkeit und am Naturschutz. Hier liegt eine win – win Situation vor.

Geschäftsführer Stadtbau: Die Stadtbau GmbH hat bereits möglichst viele Gebäude modernisiert, damit nicht mehr so viel Energie benötigt wird. Stadtbau und Stadtwerke arbeiten bezüglich der Energieeffizienz eng zusammen. Die Energiestrategie ist breit aufgestellt und die Stadtbau GmbH ist hier deutschlandweit führend.

Finanzreferent: Bei jeder Sanierung in den letzten 10 Jahren wurde auf optimale Energetisierung, abhängig von Lage/ Gebäudeart usw. geachtet. Die Bürgerversammlung stimmt über den Antrag ab.

Der Antrag wird mehrheitlich angenommen.

Antrag 20

- Der Antragsteller beantragt die Gründung eines Klimafonds. Er fordert die Stadt Bamberg auf, die Gründung eines Klimafonds - s. Stadt Linz – als alternative Finanzierungsmöglichkeit, der dem Stadtrat unterstellt ist, zu prüfen. Der Klimafonds ist ein echtes Instrument der stadtweiten Beteiligung, schafft flexible Finanzierungsmöglichkeiten und reinvestiert Spenden, Abgaben und Beiträge in der Region.
- - Klimaschutzbeirat unterstützt beratend
- - Finanzierung durch die Zivilbevölkerung von vor Ort ansässigen Unternehmen und der Stadtverwaltung
- - Antragsberechtigt sind alle Bewohner: innen der Stadt, Körperschaften und die Stadtverwaltung, die nach einem vorher definierten Bewerbungsverfahren ihre Vorhaben einreichen können
- - Unterstützung beim Aufbau des kommunalen Klimafonds durch das Förderprojekt der Nationalen Klimaschutzinitiative vom Bund „Lokale Klimafonds“

Die Bürgerversammlung stimmt über den Antrag ab.

Der Antrag wird mehrheitlich angenommen.

Antrag 21

Der Antragsteller beantragt die Umsetzung des Beschlusses zum autofreien Sonntag. In der Klimasitzung vom Oktober 2020 hat der Stadtrat mehrheitlich beschlossen, dass es mindestens einen autofreien Sonntag im Innenstadtbereich geben soll. Mittlerweile finden nach der Corona-Zwangspause wieder zahlreiche Veranstaltungen statt, so dass es an der Zeit ist, diesen Beschluss endlich umzusetzen. Der Antragsteller fordert einen autofreien Sonntag noch im September zumindest im Weltkulturerbebereich, damit eine autofreiere Stadt für die Menschen für eine gewisse Zeit erlebbar wird, sie eine Vorstellung von den Auswirkungen bekommen und mit dem freiwerdenden Raum experimentieren. Menschen soll Gelegenheit gegeben werden auf den Straßen und Plätzen zu spielen, kreativ zu sein, gemeinsam zu essen, Sport zu machen, zu tanzen, Musik zu machen oder einfach nur zu flanieren. Die Bürgerversammlung stimmt über den Antrag ab.

Der Antrag wird mehrheitlich angenommen.

Antrag 22

Der Antragsteller beantragt die Ausarbeitung eines Hitzeschutzplans und diesen der Bevölkerung vorzustellen. Dieser Plan sollte zwingend vorsehen:

- sofortige provisorische Verschattung von Teilen des Maxplatzes mit Sonnensegeln, grünen Pergolen, Mooswänden oder Pavillons bis zu dessen endgültiger Umgestaltung (können dann weiter genutzt werden für andere Plätze), Nutzung von Nebelstelen für die Einrichtung eines sog. „cool place“
- Schaffung von Schattenzonen auf allen Spielplätzen durch Photovoltaik-Module (Doppelnutzen Energiewende), Sonnensegel, Jurten und schnellwachsende Begrünung
- Erstellen einer Klimakarte, die innenstädtische kühle Oasen aufweist (Kirchen, Parks, Brunnen etc.) und den Bürger: innen zur Verfügung steht
- Vergabe von Baumpatenschaften zur Bewässerung in den Sommermonaten

Die Bürgerversammlung stimmt über den Antrag ab.

Der Antrag wird mehrheitlich angenommen.

Antrag 23

Der Antragsteller bittet inständig darum, das Rathaus am ZOB bürgerfreundlicher zu gestalten. Das Rathaus am ZOB ist bürgerunfreundlich, z. B. die Ausgabe der gelben Säcke ist sehr umständlich mit Security, Nummer ziehen usw. Auch das Personal ist unfreundlicher als früher in der Infothek am Maxplatz, die er sich zurückwünscht.

Der Dritte Bürgermeister sagt zu, zu prüfen, wie die Ausgabe der gelben Säcke etc. bürgerfreundlicher gestaltet werden kann.

Es wird kein Antrag gestellt.

Antrag 24

Der Antragsteller beantragt die Einführung eines Fahrrad-Verleihsystems.

Der Geschäftsführer der Stadtwerke berichtet, dass dieses Thema bereits im Aufsichtsrat der Stadtwerke behandelt wird und sich nicht nur auf Fahrräder beschränkt. Eine erste Mobilitätsstation geht ab Oktober 2022 auf der Lagarde an den Start. Ein Antrag auf Fördermittel für weitere Maßnahmen läuft. Derzeit gibt es eine Unterdeckung von 250.000 € im Jahr. Der Antragsteller verweist auf Verleihsysteme, die die öffentliche Hand nichts kosten. Die Bürgerversammlung stimmt über den Antrag ab.

Der Antrag wird mehrheitlich angenommen.

Antrag 25

Der Antragsteller beantragt die öffentliche Darstellung der Klimabilanz / CO²-Bilanz in Bamberg.

- 1. Veröffentlichung der SRU-Budgetrechnung vom Juni 2022
- 2. CO²- Messung auf der Webseite der Stadt kontinuierlich anzeigen.

Der Dritte Bürgermeister sagt die Weiterleitung dieser Forderung an den Klimareferenten zu, der Kontakt aufnehmen wird. Die Bürgerversammlung stimmt über den Antrag ab.

Der Antrag wird mehrheitlich angenommen.

Antrag 26

Der Antragsteller fordert bei den Schulsanierungen die Umsetzung der Arbeitsschutzrichtlinie 3.6. Er wünscht eine Darlegung, wie viele Klassenzimmer nicht den Vorschriften entsprechen.

Der Finanz- und der Bildungsreferent erklären den aktuellen Sachstand in den Schulgebäuden und gehen dabei auch auf die Anschaffung von Luftreinhaltegeräten in den Klassenzimmern ein. Der Finanzreferent bittet darum sich beim Immobilienmanagement zu melden, falls Probleme auftreten.

Es wird kein Antrag gestellt.

Antrag 27

Der Antragsteller fordert mehr Transparenz bei der Darstellung der Kosten für Klimabilanz und Mobilität.

Der Baureferent erläutert anhand des Beispiels einer Straßenkehrmaschine den hohen Verwaltungsaufwand, wenn einzelne Maßnahmen detailliert bestimmten Kosten zugeordnet werden sollen. Der Dritte Bürgermeister sagt die Weiterleitung dieser Forderung an den Klimareferenten zu, der Kontakt aufnehmen wird.

Es wird kein Antrag gestellt.

Antrag 28

Der Antragsteller trägt vor, dass die „Einwegplastikfreie Stadt“ seit Jahren super klingt. Gleichzeitig steigt die Zahl der Bubble-Tea-Läden und Einwegplastikverpackungen der to-go-Betriebe. Er fragt, was getan wird um dies zu ändern.

Der Oberbürgermeister verweist auf das Programm 1wegfrei bis 123 und erklärt, dass seitens der Stadt, in ihrem Wirkungsbereich, alles dafür getan wird, um Einwegplastik zu vermeiden. Wir haben keinen Einfluss auf die privaten Vermietungen der Ladengeschäfte. Da greift die freie Marktwirtschaft.

Es wird kein Antrag gestellt.

Antrag 29

Der Antragsteller fragt zur Schulwegsicherheit in Gaustadt, wann der Schulweg vom Megalit-Gelände aus endlich gesichert und freigegeben wird.

Der Baureferent erläutert, dass die Stadt hier bereits mit dem Besitzer verhandelt hat. Das Gelände von der Kaiserdom GmbH ist bereits für den Schulweg freigegeben, jedoch liegt ein Teil des Schulweges im Wasserschutzgebiet, dieser Teil ist noch nicht geklärt.

Vom Anna-Linder-Platz zur Hauptstraße war früher Durchfahrverbot und Anliegerstraße. Jetzt bleiben dort Autos hängen, da es als Verbindung in Navis ausgewiesen ist. Radfahrende brausen mit hoher Geschwindigkeit den Berg hinunter. Die Straße ist aber nicht durchgehend einsehbar. Dies gefährdet Radler und alle, die sich auf dieser schmalen Straße befinden. Der Antragsteller fragt, ob der Weg wieder Anwohnerstraße werden und auf die Einhaltung der Schrittgeschwindigkeit hingewiesen werden kann. Können im Straßenbereich ausreichend Spiegel installiert werden?

Der Dritte Bürgermeister bietet einen Vor-Ort-Termin mit der Verwaltung und allen Zuständigen an.

Es wird kein Antrag gestellt.